

Jung und wählerisch

In Schleswig-Holstein dürfen 16-Jährige auf Landesebene wählen – doch sie zu mobilisieren, ist nicht einfach

RICARDO TARLI, BERLIN

Vor einigen Wochen kam es in einem Gymnasium im Kreis Dithmarschen zu einem Eklat. In der Meldorfer Gelehrtenschule stellten sich acht Parteivertreter, die für den schleswig-holsteinischen Landtag kandidierten, den Fragen von 230 Schülerinnen und Schülern. In einer Gesprächsrunde im kleinen Kreis sorgte der Kandidat der AfD, der Alternative für Deutschland, mit sexistischen und homophoben Äusserungen für Empörung. Die Fragestunde wurde unterbrochen. Der Vorfall sorgte deutschlandweit für Schlagzeilen – und lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass im nördlichsten Bundesland erstmals auch die 16- und 17-Jährigen zur Landtagswahl im Mai aufgefordert waren.

Politwerbung an Schulen

Der Einführung des Wahlalters 16 war im Landesparlament eine kontroverse Diskussion vorausgegangen, und dies, obwohl 16-Jährige in Schleswig-Holstein bereits seit 1998 an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Die Befürworter, mehrheitlich dem linken Parteienspektrum zuzuordnen, erhofften sich von der Senkung des Wahlalters auf Landesebene einen Lerneffekt: Die Begeisterung für Politik, insbesondere für die Landespolitik, und für die demokratische Teilhabe soll so bei den jungen Staatsbürgern möglichst früh geweckt werden. Die Gegner führten unter anderem das angeblich mangelnde Verständnis für politische Zusammenhänge unter Jugendlichen ins Feld.

Das Land Schleswig-Holstein hat grosse Anstrengungen unternommen, um die Schülerinnen und Schüler auf die Landtagswahl, die alle fünf Jahre stattfindet, vorzubereiten. Auf Anordnung der Landesregierung wurde das bisher strikte Werbeverbot von Parteien an Schulen aufgeweicht, ohne dabei den Grundsatz der politischen Neutralität aufzugeben: Per Erlass hatte das Bildungsministerium festgelegt, dass es den Schulen gestattet sei, Kandidaten innerhalb der sechs Wochen vor einer Wahl, der sogenannten «heissen Wahlkampfphase», einzuladen. Dabei sei dem Gebot der «Ausgewogenheit» besondere Beachtung zu schenken. Dies könne am besten in Form einer parteiübergreifenden Podiumsdiskussion erreicht werden. An der Diskussionsrunde sollten nicht nur die im Landtag vertretenen Parteien vertreten sein, sondern auch Kandidaten jener Parteien, die mit dem Einzug ins Parlament rechnen durften. Folglich waren auch die Kandidaten der Linken und der AfD in die Schulen eingeladen worden.

Landesweit fanden 45 Podiumsdiskussionen an Schulen statt, zudem mehr als hundert Informationsveranstaltungen des Projekts «jung & wählerisch». So heisst das Bildungsangebot des schleswig-holsteinischen Landesbeauftragten für politische Bildung. In den von Studenten geleiteten Workshops stand nicht der Vergleich einzelner Parteiprogramme im Vordergrund. Vielmehr ging es darum, die Erstwählerinnen und Erstwähler spielerisch vom Sinn der Stimmabgabe zu überzeugen. In der Woche vor der Landtagswahl fand zudem die sogenannte Juniorwahl statt, die den Urnengang simuliert. An der landesweit durchgeführten Wahl-



Wahlsimulationen wie hier in Berlin sollen Schüler mit den demokratischen Möglichkeiten vertraut machen.

JUNIORWAHL/KUMMULUS E.V.

simulation nahmen 156 Schulen teil. Trotz all diesen Bemühungen hielt sich das Interesse der Jungwählerinnen und Jungwähler in Grenzen. Nach Auskunft des Bremer Wahlforschers Lothar Probst betrug die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe 16 bis 21 Jahre lediglich 54 Prozent. Damit lag sie deutlich unter der Gesamtwahlbeteiligung von 64 Prozent. Probst ist Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen. In seiner Wahlanalyse bezieht er sich auf Zahlen des Wahlforschungsinstituts Infratest Dimap. «Trotz den zahlreichen Informationsveranstaltungen an den Schulen ist es nicht gelungen, die Wahlbereitschaft der Erstwähler deutlich zu erhöhen», sagt er. Das sei zwar eine Enttäuschung, aber kein überraschendes Ergebnis: «Eine Senkung des Wahlalters führt nicht automatisch zu einer höheren Wahlbeteiligung oder zu einer stärkeren Politisierung der Jugendlichen.» Ähnliches gehe auch aus empirischen Studien aus anderen Bundesländern und dem Ausland hervor. Die Schulen spielen für die politische Bildung zweifellos eine wichtige Rolle. Die Entscheidung, ob man tatsächlich wählen gehe oder nicht, hänge indes von mehreren Faktoren ab. Für die Jugendlichen sei demnach wichtiger, welchen Stellenwert die Eltern, Freunde oder Gleichaltrige der Wahl beimässen, sagt Probst.

Spezieller Zugang nötig

Nils-Ole Nommensen, der bis vor kurzem als stellvertretender Landesschülersprecher der schleswig-holsteinischen Gymnasien amtierte, glaubt den Grund für das mangelnde Interesse zu kennen. «Die Politiker und die Parteien sollten den Jugendlichen mehr das Gefühl geben, etwas bewegen zu können und dass wirklich jede Stimme zählt.» Möglicherweise sei der eine oder andere Kandidat etwas unnahbar rübergekommen, sei es aufgrund seines Alters oder seines Auftretens, mutmasst er. In diesem Punkt ortet er

Nachholbedarf, vor allem bei den grossen Parteien. Diese sollten gezielter um junge Wählerinnen und Wähler werben, zum Beispiel in Form von Wahlveranstaltungen, die sich speziell an Jugendliche richten.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, zieht dennoch eine positive Bilanz aus der Landtagswahl. «Unser Bildungsangebot hat die jungen Erstwähler fit gemacht für die Landtagswahl.» Der SPD-Landtagsabgeordnete Tobias von Pein, der sich für die Senkung des Wahlalters starkgemacht hatte, kommt zu einer ähnlichen Einschätzung: «Dank den zahlreichen und intensiv geführten Diskussionen in den Schulen ist die Demokratie auch für die Jugendlichen fassbar geworden. So gelingt die Politisierung der Jugend.» Nils-Ole Nommensen hat zwei Diskussionsrunden an der

Meldorfer Gelehrtenschule mitorganisiert. Der 19-jährige Abiturient bewertet diese als Erfolg: «Vor den Veranstaltungen wussten viele Schüler kaum etwas über die Parteien.» Auch aus Sicht von Dominik Johäntgen, der am Meldorfer Gymnasium Wirtschaft und Politik unterrichtet, waren die Diskussionsrunden informativ und der Meinungsbildung der Schüler zuträglich. «Die Jugendlichen sind reif genug und können sich auch mit schwierigen Themen auseinandersetzen», sagt der Lehrer überzeugt. Im Vorfeld der Landtagswahl bestand die Befürchtung, dass die Jugendlichen von radikalen politischen Forderungen übermässig negativ beeinflusst werden könnten. «Das traf nicht zu», sagt Christian Meyer-Heidemann. Er führt dies nicht zuletzt auf die Bemühungen der Schulen zurück. «Es ist die Aufgabe der Schulen, die Parteipro-

gramme kritisch zu hinterfragen.» Vor allem in der Schule sei eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Parteien, zum Beispiel mit der AfD, möglich gewesen. Nommensen hat beobachtet, dass das Treffen mit dem AfD-Kandidaten vielen Schülern die Augen geöffnet habe. Mit seinen Äusserungen habe dieser sich und die Partei ins Abseits geschossen.

Politisch unreif?

Grete Rhenius, die Landesvorsitzende der Interessenvertretung Lehrkräfte Schleswig-Holstein, glaubt jedoch nicht, dass die in den Schulen durchgeführten Diskussionsrunden für die politische Meinungsbildung der jungen Neuwähler ausschlaggebend gewesen seien. «Es ist illusorisch zu glauben, dass die Schulen das Informationsdefizit politisch unreifer Schüler hätten ausgleichen können», sagt Rhenius. Das politische Wissen der Schüler sei, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, oft nicht vorhanden gewesen. Zudem hätten diese kaum Bereitschaft gezeigt, sich ausserhalb des Unterrichtes über Politik zu informieren. Auch Tobias Loose, Landesvorsitzender der Jungen Union, sieht die Senkung des Wahlalters kritisch. In Diskussionsrunden habe er festgestellt, dass die meisten der Schüler mit politischen Sachthemen rasch überfordert gewesen seien. Der Realschullehrer Stefan Bieger hat einen anderen Eindruck gewonnen. Obwohl die politische Reife in der Regel noch nicht ausreichend ausgeprägt sei, so sei es den Schulen insgesamt

NZZ-Podium Berlin zu Besuch in Stuttgart

Wie viel Demokratie brauchen Deutschland und Europa? Diskussion am 13. Juli um 19 Uhr 30. Informationen und Anmeldung unter:

www.podium-berlin.nzz.ch

gelungen, das Interesse der Schüler zu steigern und die Informationslücken, teils mehr, teils weniger, zu füllen.

Trotz unterschiedlichen Ansichten zu Wahlrecht 16: In einem Punkt sind sich die Vertreter von SPD und Junger Union einig. Um etwas gegen die Wahlmüdigkeit unter den Jugendlichen zu unternehmen, muss die politische Bildung an den Schulen gestärkt werden. «Das Thema Wahlen und Demokratie muss fest im Lehrplan verankert werden, ohne dass der übrige Lernstoff zu kurz kommt», fordert Tobias von Pein. Es reiche nicht, Diskussionsveranstaltungen erst durchzuführen, wenn Wahlen vor der Tür stehen. Den Jugendlichen müsse auch in anderen Bereichen, in oder ausserhalb der Schule, ein möglichst weitreichendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Als Beispiel führt er die Landesschülervertretung an, die in Anhörungsverfahren zu Gesetzesentwürfen Stellung beziehen kann. Tobias Loose von der Jungen Union möchte die Schülervertretung ebenfalls aufwerten. Gleichzeitig soll die Fachkompetenz der Lehrerinnen und Lehrer im Bereich Politik gestärkt werden. Der junge Landtagsabgeordnete findet zudem Anschauungsunterricht wichtig: Jeder Schüler sollte am Ende seiner Schulzeit den Kieler Landtag besucht haben.

Ein Rezept gegen die Wahlmüdigkeit?

In vier deutschen Bundesländern dürfen 16-Jährige nicht nur bei der Kommunalwahl, sondern auch bei der Landtagswahl zur Urne gehen: in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. In Berlin, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen besteht ein Wahlrecht ab 16 Jahren ausschliesslich auf Kommunal- beziehungsweise Bezirksebene. Die SPD hat die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf Bundesebene in ihr Regierungsprogramm für die neue Legislaturperiode aufgenommen. Für Robert Vehrkamp von der Bertelsmann-Stiftung ist das ein taugliches Mittel, um der Wahlmüdigkeit entgegenzuwirken. «Je früher die Jugendlichen die Möglichkeit zur politischen Partizipation bekommen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich auch in Zukunft an Wahlen beteiligen werden», sagt der Leiter des Programms Zukunft

der Demokratie. Die Senkung des Wahlrechtsalters biete eine realistische Chance, die Wahlbeteiligung in der gesamten Bevölkerung langfristig zu steigern. Auf Bundesebene gebe es durchaus Themen, die von den Jugendlichen als für sie persönlich interessant und wichtig erachtet würden, sagt Vehrkamp und nennt als Beispiel die Europapolitik. Die Einführung des Wahlalters 16 müsse aber mit einer Bildungsoffensive an allen Schulen, auch an Berufsschulen, einhergehen. Im Vordergrund stehe die praktische Demokratieerfahrung, zum Beispiel in Form der Juniorwahl, die einen Urnengang simuliert. Denkbar sei auch die Errichtung echter Wahllokale in Schulen. Laut einer 2015 im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung durchgeführten repräsentativen Umfrage ist die Mehrheit der Deutschen gegen das Wahlalter 16 auf Bundesebene. 80 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Altersgrenze bei 18 Jahren bleiben sollte.

Erste Hilfe für Menschen mit letzter Hoffnung

www.msf.ch
PK 12-100-2

